

Ausschaffungspraxis soll härter werden



Überzeugte Befürworterin: Barbara Keller-Inhelder will schwere Straftäter ausgeschafft wissen.

Mit einer grossangelegten Kampagne will das frisch gegründete Ostschweizer Komitee «Ja zur Ausschaffungsinitiative» um die Gunst an der Urne werben. Die Gegenseite hält indes noch die Füsse still.

Von Willi Meissner

In der Ostschweiz hat die SVP-Ausschaffungsinitiative seit gestern ein offizielles Befürworter-Organ. Das Ostschweizer Komitee «Ja zur Ausschaffungsinitiative» will zudem für ein Nein zum Gegenentwurf kämpfen. Im Linthgebiet regt sich bisher kaum Widerstand. Während das Komitee in der Region etwa am 8. Oktober in Rapperswil-Jona für ein Ja werben will, bieten die restlichen Regionalparteien derzeit noch keine Gegenveranstaltungen an. Auch Einladungen als Gegenpol auf Informationsveranstaltungen verhalten laut SVP-Nationalrat Lukas Reimann unbeantwortet bei den Gegnern der Initiative. «Schade, dass die Podien ohne Gegnerschaft stattfinden, wir wären in einem Streitgespräch viel überzeugender als in einem Referat – wer jetzt behauptet, man habe ihn oder sie eben nicht angefragt, kann ja gleich antraben», kommentiert SVP-Kantonsrätin Barbara Keller-Inhelder die

stille Gegnerschaft. Die habe aber zumindest im Linthgebiet keine Einladungen erhalten, heisst es einstimmig bei CVP, FDP, UGS und SP.

«Initiative ist eine Scheinlösung»

Die FDP See-Gaster habe noch keine Parolen gefasst, sagt FDP-Kantonsrätin Marie-Theres Huser. «Wir haben noch keine Pläne für Gegenveranstaltungen», sagt auch Marco Fäh, Präsident UGS Linth. Gleiches bei der SP Rapperswil-Jona, sagt deren Präsident Hanspeter Raetzo. Dass er gegen die Ausschaffungsinitiative ist, macht er aber deutlich. «Die SVP nimmt bei ihrer Initiative alle Reichen raus», so Raetzo. Betrug fehle auf der Liste der Tatbestände für eine Ausschaffung. Steuerbetrüger blieben unbestraft, während kleine Sozialbetrüger ausgeschafft würden.

«Eine schärfere Ausschaffungspraxis ist auch uns ein Anliegen», sagt Yvonne Suter, Präsidentin CVP Linth. Weil die SVP-Initiative eine «verfassungs- und völkerrechtswidrige» Scheinlösung sei, unterstütze man den Gegenentwurf. Dennoch sehe die CVP die Initiative als «wichtiges Anliegen». Entsprechende Aktionen seien zusammen mit der Kantonalpartei in Planung, so Suter. Trotz der Kritik an der Initiative machte das Präsidium des Komitees, bestehend aus Barbara Keller-Inhelder, Lukas Reimann

und JSVP-Kantonalpräsident Jeffrey Bleiker seine Überzeugung bei der gestrigen Gründung deutlich.

«Initiative trifft die Richtigen»

«Wenn du das Gastrecht in der Schweiz missbrauchst, musst du gehen», erklärt Bleiker die Botschaft der Initiative. In die gleiche Kerbe schlägt Reimann. Die Initiative treffe die Richtigen. «Sie richtet sich nur an Ausländer, welche gegen unsere Gesetze verstossen, schwere Straftaten begehen, unsere Sozialwerke missbrauchen und so die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährden», so Reimann.

Auch gegen den Gegenentwurf des Ständerates stehen die Parolen. «Der Gegenvorschlag macht leider die Ausschaffung nicht von der Begehung der Tat abhängig, sondern vom verhängten Strafmass. Wer in den Medien verfolgt, wie oft Täter auch bei schweren Delikten mit einer bedingten Strafe davonkommen, kann leicht abschätzen, dass mit dem Gegenvorschlag kaum ein Täter unser Land verlassen muss», so Keller-Inhelder. Auf die allgemeine Kritik an der Ausschaffungsinitiative reagiert sie mit der Gegenfrage, wer mehr Schutz verdiene: «Unbescholtene Bürger vor vorsätzlichem Mord, Vergewaltigung und Körperverletzung oder schwere Straftäter vor einer Ausweisung aus der Schweiz?»